Nr. 22/7. November 2003

Inhaltsübersicht

Kommunalverwaltung

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Staatliche Realschule Vaterstetten

Haushaltssatzung des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern für das Haushaltsjahr 2003

Nachtragshaushaltssatzung des Zweckverbands Zentralanlage Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2003

Angelegenheiten des Bezirks Oberbayern


Bauwesen

Planfeststellung für das Bauvorhaben A 8 München – Ulm 6-streifiger Ausbau von Sulzemoos bis westlich Odelzhausen Str. km 19,500 bis 28,250
Planfeststellung nach § 17 FStG in Verbindung mit Art. 72 ff. BayVwVfG

Planfeststellung nach dem Bundesfernstraßengesetz für das Bauvorhaben Bundesstraße B 17, Verlegung zwischen Obermeitingen und Landsberg am Lech sowie westlich von Landsberg am Lech, Str. km 26,372 bis Str.-km 41,460

Bundesfernstraßengesetz (FStG) und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);
BAB A 93 Rosenheim – Kiefersfelden
Errichtung einer Betriebsrampe für den Winterdienst bei BW 44, Km 12,780

Wirtschaft und Verkehr

Versicherungsaufsicht;
Übertragung eines Versicherungsbestandes

Schulwesen

Fünfundszwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volkschulen im Landkreis Traunstein

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen, Literaturhinweise

Kommunalverwaltung

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung für den Zweckverband Staatliche Realschule Vaterstetten

Vom 18. September 2003

Der Zweckverband Staatliche Realschule Vaterstetten erfasst auf Grund des Art. 44 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommtZG) folgende Satzung:

§ 1


1. In § 5 wird folgender Buchstabe c) angefügt:

„c) der Verbandsausschuss“

2. § 8 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1, zweiter Halbsatz werden hinter dem Wort „Verbandsvorsitzende“ die Worte „oder der Verbandsausschuss“ eingefügt.

b) In Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b) wird der Betrag „60 000 €“ durch den Betrag „250 000 €“ ersetzt.

3. Nach § 8 wird folgender neuer § 8a eingefügt:

„§ 8a

Zuständigkeit des Verbandsausschusses

Der Verbandsausschuss ist zuständig für

a) die Vergabe von Bauaufträgen und Leistungen mit einem Wert zwischen 60 000 € und 250 000 € (inkl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

b) den Beschluss über eine wiederkehrende, außerschulische Nutzung der Schulanlagen.“

4. Nach § 10 werden folgende neue §§ 10a und 10b eingefügt:

„§ 10a

Verbandsausschuss


(2) Die Bestellung der Ausschussmitglieder gilt für die Dauer der Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung. Die Bestellungen können nur aus wichtigen Gründen von der Verbandsversammlung abberufen werden.
(3) Jedes Ausschussmitglied hat im Ausschuss dieselbe Stimmenzahl wie das von ihm vertretene Verbandsmitglied in der Verbandsversammlung.

§ 10b
Einberufung des Verbandsausschusses

(1) Für die Sitzungen und Beschlüsse des Verbandsausschusses gelten die Bestimmungen für die Verbandsversammlung entsprechend.

(2) Die Ladungsfrist bestimmt sich nach § 7 Abs. 1 der Verbandsstatut.*

§ 2
Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Oberbayerischen Amtsblatt in Kraft.

Ebersberg, 18. September 2003
Zweckverband Staatliche Realschule Vaterstetten
Gottlieb Fauth
Verbandsvorsitzender


ZWECKVERBAND ABFALLVERWERTUNG SÜDBAYERN
Haushaltssatzung des Zweckverbandes Abfallverwertung Südbayern für das Haushaltsjahr 2003

I.
Auf Grund der Art. 41 Abs. 1 und 2 sowie Art. 26 Abs. 1 KommZG in Verbindung mit Art. 57 ff. LKrO und § 33 Verbandssatzung erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1
Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2003 wird im Erfolgsplan

in den Erträgen mit 50 350 000 €
in den Aufwendungen mit 55 720 000 €
und im Vermögensplan
in den Einnahmen und in den Ausgaben mit 24 312 000 €
festgesetzt.

§ 2
Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 1 450 000 € festgesetzt.

§ 3
Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan werden nicht festgesetzt.

§ 4
Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur zeitweiligen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wird auf 3 900 000 € festgesetzt.

§ 5

II.
Die Haushaltssatzung und der Wirtschaftsplan liegen ab dem Tage der Bekanntmachung eine Woche lang beim Zweckverband Abfallverwertung Südbayern, Bruck 110, 84508 Burgkirchen während der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf.

Burgkirchen, 3. Oktober 2003
Zweckverband Abfallverwertung Südbayern
Schneider
Verbandsvorsitzender

ZWECKVERBAND ZENTRAKLÄRANLAGE INGOLSTADT
Nachtragshaushaltssatzung des Zweckverbandes Zentralkläranlage Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2003


§ 1

§ 2
Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird von 0 € um 2 100 000 € erhöht und damit auf 2 100 000 € neu festgesetzt.

§ 3
Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur zeitweiligen Leistung der Ausgaben nach dem Haushaltsplan bleibt unverändert.

§ 4

Ingolstadt, 1. September 2003
Zweckverband Zentralkläranlage Ingolstadt
Dr. Alfred Lehmann
Oberbürgermeister, Verbandsvorsitzender

II.
Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan liegen gemäß Art. 65 Abs. 3 GO ab dem Tage der Bekanntmachung eine Woche lang in der Kämmereri der Stadt Ingolstadt, Rathausplatz 4, 85049 Ingolstadt während der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsicht aus.

OBAI 2003, S. 178
Angelegenheiten des Bezirks Oberbayern

BEZIRK OBERBAYERN


Auf Grund des Beschlusses des Bezirkstags Oberbayern vom 12. Dezember 2002 ist:

mit einem Verlust von 2 792 145,08 DM

der Jahresabschluss zum 31.12.1998
mit einem Verlust von 2 824 902,50 DM

der Jahresabschluss zum 31.12.1999
mit einem Verlust von 3 023 842,09 DM

für das Kloster Seeon, Kultur- und Bildungszentrum des Bezirks Oberbayern, festgestellt worden.


Der Bezirkstag Oberbayern hat die Behandlung der Jahresergebnisse wie folgt beschlossen:

Die Verluste aus dem operativen Geschäft des Kultur- und Bildungszentrums

in Höhe von 615 010,41 DM für das Wirtschaftsjahr 1997
in Höhe von 627 676,95 DM für das Wirtschaftsjahr 1998
in Höhe von 921 426,07 DM für das Wirtschaftsjahr 1999

sind durch Zuschüsse des Trägers auszugleichen (bereits erfolgt).

Die Abschreibungsverluste

in Höhe von 2 170 266,02 DM für das Wirtschaftsjahr 1997
in Höhe von 2 170 266,02 DM für das Wirtschaftsjahr 1998
in Höhe von 2 074 648,07 DM für das Wirtschaftsjahr 1999

sind aus dem Eigenkapital (Sachanlagevermögen) auszugleichen.


Interessenten können die ausgelegten Unterlagen im Sekretariat des Klostern Seon in den Zeiten von 08.00 bis 16.00 Uhr einsehen.

München, 14. Oktober 2003
Bezirk Oberbayern
Franz Jungwirth
Bezirkstagspräsident

Bauwesen

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Planfeststellung für das Bauvorhaben A 8 München - Ulm
6-streifiger Ausbau von Sulzemoos bis westlich Odelzhausen
Str.-km 19,500 bis 28,250
Planfeststellung nach § 17 FStGr in Verbindung mit Art. 72 ff. BayVwVfG

Bekanntmachung vom 20. Oktober 2003
225.5-43541 A8-026

1. Die Einwendungen und Stellungnahmen, die im Planfeststellungsverfahren zu o. g. Bauvorhaben fristgerecht eingegangen sind, wird die Regierung von Oberbayern mit den Beteiligten erörtern.

Der Erörterungstermin findet statt:
am 24. November 2003 für die beteiligten Träger öffentlicher Belange, Leitungsträger und die anerkannten Verbände;

Verhandlungsort ist der Mehrzweckraum der Grund- und Hauptschule Odelzhausen, Dientenhäuser Str. 17, 85235 Odelzhausen. Die Verhandlung beginnt jeweils um 09.30 Uhr.

Bei Bedarf wird der Erörterungstermin am 26. November um 09.30 Uhr im selben Verhandlungsort fortgesetzt.

2. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.


Es wird darauf hingewiesen, dass bei Ausbleiben eines Beteiligten (Betroffenen) in dem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann, verspätete Einwendungen unbefugsichtig bleiben und das Anhörungsverfahren mit Schluss der Verhandlung beendet ist.

3. Durch die Teilnahme am Erörterungstermin entstehende Aufwendungen, auch solche für einen Bevollmächtigten, können nicht erstattet werden.

München, 20. Oktober 2003
Regierung von Oberbayern
Werner-Hans Böhm
Regierungspräsident

OBABI 2003, S. 179
REGIERUNG VON OBERBAYERN

Planfeststellung nach dem Bundesfernstraßengesetz für das Bauvorhaben Bundesstraße B 17, Verlegung zwischen Obermeitingen und Landsberg am Lech sowie westlich von Landsberg am Lech, Str.-km 26,372 bis Str.-km 41,460

Bekanntmachung vom 24. Oktober 2003
225.4-43542 B 17-5


2. Der festgestellte Plan umfasst folgende Unterlagen:

1. Erläuterungsbericht 5. Übersichtsplan
2. Übersichtskarte 6. Straßengleischrittspläne
3. Straßengleischrittspläne 7. Lagepläne
13. Übersichtsplan der landschaftspflegerischen Maßnahmen
14. Lagepläne der landschaftspflegerischen Maßnahmen
15. Unterlagen zu den wasserrechtlichen Erlaubnissen
16. Unterlage zu sonstigen wasserrechtlichen Sachverhalten
17. Grunderwerbspläne
18. Grunderwerbsverzeichnis

Den festgestellten Unterlagen sind die ursprünglichen Planunterlagen, ein Verzeichnis der Brücken und anderen Ingenieurbauwerken, Bauwerkskisszenen und Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung nachrichtlich beigelegt.


5. Im Planfeststellungsbeschluss wird die Widmung, Umnutzung und Einziehung neu zu bauenden bzw. bestehender öffentlicher Straßenflächen verfügt, soweit es sich nicht um Bundesfernstraßen handelt.

6. Die im Verfahren vorgebrachten Einwendungen wurden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht durch Änderungen des Planes, Zusicherung des Vorhabenträgers oder Nebenbestimmungen des Beschlusses entsprochen wurde oder sie sich nicht im Laufe des Anhörungsverfahrens auf andere Weise erledigt haben.

7. Der Planfeststellungsbeschluss ist sofort vollziehbar.

8. Rechtsbehelfsbelehrung:


Das Gericht kann Erklärungen oder Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erfüllung des Rechtsstreits verzögern würde und der Kläger die Verspätung nicht genügend entschuldigt (§ 87b Abs. 3 VwGO).

Der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof muss sich jeder Beteiligte, sofern er einen Antrag stellt, durch einen Rechtsanwalt oder einen Rechtsstreit erhebt eine deutsche Hochschule als Bevollmächtigten vertreten lassen. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamtene Angestellte mit Befähigung zum Richteramt sowie Diplom-Juristen im höheren Dienst vertreten lassen.

Die Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss für diese Bundesstraße, für die nach dem Fernstraßenbaugesetz vorzüglicher Bedarf festgestellt ist, hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsstage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe dieses Planfeststellungsbeschlusses in dem oben genannten Gericht gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen auf, welche die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann ein hinausgestützter Antrag innerhalb einer Frist von einem Monat gestellt werden. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde Kenntnis von den Tatsachen erfährt (§ 17 Abs. 6 Buchst. a FSrG).


in der Stadt Landsberg am Lech, Hauptplatz 1, 86899 Landsberg am Lech, Bürgerbüro
Montag, Dienstag und Freitag von 08.00 bis 16.00 Uhr, Mittwoch von 08.00 bis 12.00 Uhr, Donnerstag von 08.00 bis 18.00 Uhr und am ersten Samstag im Monat von 09.00 bis 12.00 Uhr

in der Gemeinde Hurlach, Poststraße 4, 86857 Hurlach, Rathaus
Dienstag von 08.00 bis 12.00 Uhr und Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

in der Gemeinde Iging, Untergießergasse 37, 86895 Iging, Zimmer 5, 1. Stock
von Montag mit Freitag von 08.00 bis 12.00 Uhr, Montag 14.00 bis 16.00 Uhr und Donnerstag 14.00 bis 18.00 Uhr

in der Gemeinde Kaufing, Fünfingstraße 1, 86916 Kaufing, Zimmer O 1
von Montag mit Freitag von 08.00 bis 12.00 Uhr und Montag von 14.00 bis 18.00 Uhr
in der Gemeinde Klosterlechfeld, Bayernstraße 1, 86836 Klosterlechfeld, Rathaus
von Montag mit Freitag von 08.00 bis 12.00 Uhr,
von Montag mit Mittwoch von 14.00 bis 17.00 Uhr,
Donnerstag von 15.00 bis 19.00 Uhr und
Freitag von 14.00 bis 16.00 Uhr
sowie in der Gemeinde Obermeitingen, Hauptstraße 23,
80836 Obermeitingen, Rathaus
Mittwoch 08.00 bis 12.00 Uhr und 16.00 bis 18.00 Uhr und
Freitag 08.00 bis 12.00 Uhr
zur allgemeinen Einsicht aus.


München, 7. November 2003
Regierung von Oberbayern
Werner Hans Böhm
Regierungspräsident

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Bundesfernstraßengesetz (FSstrG) und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);
BAB A 93 Rosenheim – Kiefersfelden
Errichtung einer Betriebsrampe für den Winterdienst bei BW 44, Km 12,780

Bekanntgabe vom 13. Oktober 2003
225.3-34540 PG-016


Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 3 a Satz 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.


München, 13. Oktober 2003
Regierung von Oberbayern
Werner Hans Böhm
Regierungspräsident

Wirtschaft und Verkehr

REGIERUNG VON OBERBAYERN
Versicherungsaufsicht;
Übertragung eines Versicherungsbestandes


Schulwesen

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Fünfundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Traunstein

Vom 10. Oktober 2003 540.2-5103-TS-1/03

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS. 2250-1-1-UK) erfasst die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1


1. § 1 Nr. 22 erhält folgende Fassung:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Lfd. Nr.</th>
<th>Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>22.</td>
<td>Volksschule Surberg (Grundschule)</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Das Gebiet der Gemeinde Surberg</td>
</tr>
</tbody>
</table>

3. § 1 Nr. 27 Buchst. c erhält folgende Fassung:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Lfd. Nr.</th>
<th>Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>27.c.</td>
<td>Ludwig-Thoma-Volksschule Traunstein (Hauptschule)</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Das Gebiet der Stadt Traunstein ohne den Stadttteil Riedering.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Dazu für die Jahrgangsstufen 5 bis 9:</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Das Gebiet der Gemeinde Surberg ohne den Gemeindeteil Selberting.</td>
</tr>
</tbody>
</table>
§ 2
Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2003 in Kraft.

München, 10. Oktober 2003
Regierung von Oberbayern

Werner Hans Böhm
Regierungspräsident

OBABI 2003, S. 181

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen, Literaturhinweise

Verlag R. S. Schulz GmbH, Starnberg


Walhalla Fachverlag, Regensburg

Bayerischer Beamtenbund (Hg.); Kattenbeck (Bearb.), Bayerisches Beamten-Jahrbuch; Ergänzbare Sammlung mit CD-ROM. Ergänzungslieferung 2003/III, 15 €. Preis des Grundwerks einschließlich dieser Lieferung (2 Ordner) 24,95 €.

WEKA Media, Kissing


OBABI 2003, S. 182